



Kliniken vor Verkauf retten

Es ist bekannt, dass das Braunschweiger Klinikum in Finanznot ist.

Oberbürgermeister Markurth kämpft um eine gesicherte Finanzierung. Keinesfalls soll es privatisiert werden, denn die Folgen wären noch weniger Geld, weil die Aktionär:innen von Helios und Co. ja Dividenden-Gelder abschöpfen wollen. Das steht den Kranken in Braunschweig und Region dann nicht mehr zur Verfügung. Die Qualität sinkt. Brauchte es erst eine Pandemie? So langsam dämmert es: die Gesundheit des Menschen setzt gesunde Krankenhausfinanzen voraus. Ist diese simple Erkenntnis so schwer zu verstehen oder ist es der Politik egal, weil zunächst auf persönliche Karrieren geachtet wird?

Hier ist das wohl so, denn die Parteien arbeiten immer noch an dem Plan, die riesige Investitionssumme für den Umbau des Klinikums (sog. „2-Standorte-Konzept“) von fast 800 Mio € selbst stemmen zu können. Es werden Grundstücke und alte Klinikgebäude verkauft oder Einsparungen beim Personal vorgenommen (und damit die Arbeit noch weiter verdichtet).

Das wurde seit 2014 verkauft:

– das alte Krankenhausgelände Am Langen Kamp – das Grundstück mit dem sog. Technischen Krankenhaus an der Celler Straße – Ein ähnliches Schicksal droht auch der altherwürdigen Holwedestraße (Bild), wenn nicht endlich durch die Politik um-



Klinikum in der Holwedestraße. Im Rahmen des sinnvollen „Zwei-standorte-Konzepts“ wird die Holwedestraße demnächst aufgegeben. Die Kinderklinik ist bereits in die Salzdahlumer Straße umgezogen. Foto: TeWeBs_CC_BY_SA_3.0_b9360b5aa7.jpg

gesteuert wird. Dabei ist offensichtlich, dass mit Verkaufserlösen um die 10 Mio. € der Finanzbedarf von 800 Mio. € in keiner Weise zu decken ist. Bei seinem Amtsantritt 2014 verfolgte auch Markurth noch das Konzept der „Schwarzen Null“ fürs Klinikum, also die Deckung aller möglichen Defizite durch Einsparungen und Verkäufe.

Markurth nimmt Politik und Landesregierung in die Pflicht

Markurths drastische Worte am 1. Mai 2021 auf dem Burgplatz waren unmissverständlich: Das Land kommt der Pflicht nicht nach, die Klinikbauten zu finanzieren. Die Landespolitiker möchten diese Kosten den Beschäftigten, dem Pflegepersonal und den Ärzt:innen aufbürden. So

zahlt das Land nur rd. 175 Mio. € Baukostenzuschüsse. Für die restlichen 630 Mio. € soll das Klinikum selbst sorgen durch Einsparungen an der Pflege, schlechterer Bezahlung des Personals und Kürzungen beim Pflegematerial. Schafft es das nicht, droht die komplette Privatisierung! Davor hat Markurth ganz deutlich mit Blick auf die Zustände in Salzgitter, Peine, Gifhorn, Helmstedt und Goslar (Helios und Asklepios) gewarnt. Die Stadt ächzt inzwischen unter dem riesigen Kreditbedarf für das (noch) städtische Klinikum, der selbst von der Braunschweigischen Landesbank (BLSK) allein nicht mehr gestemmt werden kann bzw. darf. Deshalb soll jetzt eine Schuldschein-Finanzierung auf den weltweiten Finanzmärkten helfen.

... weiter auf Seite 6

Wir sind das Aufbruchsklima!

Fridays for Future Braunschweig

Könnt ihr euch noch an euren ersten Klimastreik erinnern? Viele von uns ehrlich gesagt nur noch teilweise. Seit Anfang 2019 stehen wir in Braunschweig regelmäßig auf der Straße, mit bunten Plakaten und Bannern, manchmal mit wenigen, mal mit ganz vielen Menschen.



Besonders am Anfang kam es vielen von uns fast eigenartig vor, nicht in der Schule, sondern auf der Straße zu sein. Wir waren vorher selten oder nie auf Demos gewesen, wussten nicht so wirklich, was uns erwartet – und doch sind wir weiterhin zu den Streiks gegangen, weil sie uns etwas gegeben haben. Ein ganz besonderes Gefühl. Das Gefühl, etwas zu verändern. Auf einmal konnten wir politisch etwas bewegen. Wir waren nicht mehr einfach nur Kinder oder Jugendliche, die man gerne mal überhörte, die zur Schule gingen, sich nachmittags mit Freund*innen trafen, vielleicht Sport machten – plötzlich waren wir politisch, hatten eine Meinung und haben diese ganz klar kommuniziert.

Was damals niemand gedacht hatte: Dass wir nach mehr als zweieinhalb Jahren immer noch auf die Straße gehen. Niemand dachte, dass wir insgesamt sieben globale Klimastreiks organisieren würden, Großstreiks, wie es sie nie zuvor für das Klima gegeben hatte. Niemand dachte, dass wir den

... weiter auf Seite 3

Inhaltsverzeichnis

Atomares Spiel mit dem Feuer	Seite 2
Holz - klimaneutral?	Seite 2
OB-Kandidatin	Seite 3
Wählt Klimaliste!	Seite 3
Frauen chancenlos?	Seite 6
Daseinsvorsorge	Seite 6
Schacht Konrad ungeeignet	Seite 6
Verkehrswende	Seite 6
Rechtsfreie Räume?	Seite 7
Bilanz Seebücke	Seite 8
Gibraltar-Lösung für Flughafen	Seite 8

Klinik-Petition - Ins Wespen-nest gestochen Seite 6



siehe Seite 3

Brandrede des Oberbürgermeisters vor dem Städtetag:

Oberbürgermeister Ulrich Markurth, Stadt Braunschweig: „Die Corona-Krise zeigt, was kommunal getragene Krankenhäuser leisten. Das gilt auch für das Städtische Klinikum Braunschweig. Als Maximalversorger der Region Braunschweig versorgt es in seinem Einzugsgebiet über die Stadtgrenzen hinaus eine weitere Million Menschen. Aktuell kann das Klinikum bei weitem nicht kostendeckend betrieben werden und muss zudem Bauprojekte im Umfang von rund 800 Millionen € größtenteils selbst finanzieren. Die Stadt engagiert sich notgedrungen selbst und unterstützt als Trägerin intensiv bei der Finanzierung der nicht durch Fördermittel gedeckten Investitionen, muss aber ihrerseits

im laufenden Jahr rund 42 Millionen Einnahmeausfälle als Folge der Corona-Pandemie verkraften. Wir brauchen deshalb adäquate Vergütungsregelungen des Bundes, die es einem kommunal getragenen systemrelevanten Maximalversorger ermöglichen, den laufenden Betrieb auskömmlich zu finanzieren. Zugleich ist es notwendig, dass das Land Niedersachsen zumindest die Hälfte der dringend erforderlichen Investitionen im Zuge der Konzentration auf zwei Standorte übernimmt. Wie auch bei anderen Großkrankenhäusern geht es mittelfristig um die Frage, ob eine städtische Trägerschaft möglich bleibt.“ (aus der Pressemeldung des Deutschen Städtetages vom 17.6.2021)

Bezahlbarer Wohnraum



Was ist aus den vollmundigen Versprechen für bezahlbaren Wohnraum geworden, fragte der Münchner OB Uhde 2013 auf dem Deutschen Städtetag: Der Verkauf von rd. 600.000 kommunalen Wohnungen räche sich jetzt, weil wichtige öffentliche Steuerungsmöglichkeiten in der Wohnraumversorgung aus der Hand gegeben worden seien.

Die immer noch gängige Praxis seitens vieler Kommunen, die öffentlichen Wohnungsunternehmen mit einer „Zwangsdividende“ zu belegen, verschärfe dabei noch die Lage auf dem Wohnungsmarkt (so die Aussage von Ex-OB Uhde, München 13.8.2013). Dem schloss sich der Ex-OB Braunschweigs, Hoffmann kleinlaut an:

„Also ich gebe zu: mir ist die Zustimmung zu diesem Papier gerade im Bereich Wohnungsbau sehr, sehr schwer gefallen. Gerade nachdem ich verantwortlich bin, das weiß ich, dass die NiWo-Bau vor einigen Jahren privatisiert worden ist.“

Ich habe meine Meinung geändert. Das ist bekannt. Ich werde deshalb noch während meiner Amtszeit eine Vorlage einbringen, in der die NiWo-Bau wieder rekommunalisiert wird.“ (Original-Ton Hoffmann im Rat am 27.8.2013)

Von wegen ... nix ist passiert, die Zwangsdividende gibt es immer noch, der Gesamt-Aderlass der Niwo an die Stadt seit 2002 beträgt satte 55 Mio. €. Wer nun aktuell bezahlbaren Wohnraum verspricht, möge für die Rückgabe an die städtische Wohnungsgesellschaft sorgen, oder? ros

Gesundheit ist keine Ware

Unser KLINIKUM muss kommunal erhalten bleiben - keine Privatisierung!

Petition

Versäumnisse in der Krankenhausfinanzierung der letzten Jahre gefährden diese wichtige öffentliche Daseinsvorsorge.

Vor allem die Braunschweiger Abgeordneten des Landtags sowie des Bundestags Müller (CDU) und Mohrs (SPD) müssen endlich ihre Arbeit machen

und für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung sorgen.



ZWEI VON UNS



UWE FRITSCH

TATJANA JENZEN

BIBS-KANDIDAT FÜR DEN RAT WAHLBEREICH NORDWEST UND DEN BEZIRKSRAAT NÖRDLICHE SCHÜNTER-OKERAUE

BIBS-KANDIDATIN FÜR DEN RAT WAHLBEREICH NORDOST UND DEN BEZIRKSRAAT WABE, SCHÜNTER, BEBERBACH

WIR STATT LOBBY – BIBS IN DEN RAT.



ZWEI VON UNS



HELMUT RÖSNER

BIRGIT HUWENDIECK

KANDIDAT FÜR DEN RAT WAHLBEREICH SÜDOST BIBS-KANDIDAT FÜR DEN BEZIRKSRAAT BRAUNSCHWEIG SÜD

BIBS-OBEBÜRGERMEISTERKANDIDATIN UND KANDIDATIN FÜR DEN RAT WAHLBEREICH SÜDOST UND DEN BEZIRKSRAAT ÖSTLICHER RING

WIR STATT LOBBY – BIBS IN DEN RAT.





Das makabere Spiel mit dem Feuer: Brandschutz seit 4 Jahren nicht umgesetzt

Von Peter Meyer

Vor vier Jahren musste Eckert & Ziegler (Braunschweig) Baugenehmigungen für Brandschutzmaßnahmen einholen, weil der TÜV Nord bei der Prüfung der Störfallanalyse, die als Grundlage für die enorm hohe Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler erstellt wurde, diese Brandschutzmaßnahmen gefordert hatte.

Auf Nachfrage des BIBS-Mitgliedes im Stadtbezirksrat Wenden-Thuneharxbüttel im April 2021 zeigte sich, dass diese dringend erforderlichen



Brandschutzmaßnahmen immer noch nicht umgesetzt wurden und Eckert & Ziegler im Februar 2021 eine Verlängerung der Baugenehmigungen beantragen musste.

Als der TÜV Süd bis März 2021 zwei neue Verfügungen des Landesumweltministeriums zur Eckert & Ziegler-Strahlengenehmigung positiv begutachtete, ging er jedoch davon aus, dass die Brandschutzmaßnahmen bereits umgesetzt seien. Dieser haarsträubende Zustand zeigt wieder einmal (nach den Unfällen 2017 und 2020), dass die Störfallanalyse von

Eckert & Ziegler fehlerhaft ist und nicht als Grundlage für ihre Strahlengenehmigung gelten darf.

Solche nachweislich relevanten Fehler in der Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler befördern die Klage der vier Anwohner gegen diese Strahlengenehmigung, die aktuell geführt und vom Rechtshilfefonds Strahlenschutz e.V. finanziell unterstützt wird. Die BISS fordert eine korrekte Prüfung und Umsetzung der Strahlengenehmigung von Eckert & Ziegler auch auf Basis des gutachterlich geprüften BISS-Stresstests.

Verzögerungspolitik

Eckert & Ziegler: Die Verzögerungstaktik des Niedersächsischen Umweltministeriums

Im Jahr 2004 wurde die Genehmigung für Eckert und Ziegler zum Umgang mit radioaktiven Stoffen „auf Vorrat“ um den Faktor 100 auf mehr als das 300-fache der ASSE-Inventars erhöht. Dabei wurde nicht nur die vorgeschriebene Umweltverträglichkeits(vor)prüfung weggelassen, auch der Sicherheitsnachweis für die Lagerung so großer Aktivitätsmengen erscheint ausgesprochen fraglich.

Besonders realitätsfremd ist, dass die von Eckert & Ziegler beauftragte Störfallanalyse, die den zentralen Baustein des Sicherheitsnachweises bildet, 99,8 % der genehmigten Aktivität einfach ausblendet. Diese würde in einem „besonders gesicherten Bereich“ gelagert, weshalb man so tun könne, als ob diese Radioaktivität gar nicht vorhanden sei. Simsalabim! Wodurch dieser magische Ort so sicher wird, dass ihm weder Flugzeugabstürze noch Terrorangriffe etwas anhaben können,

ist selbstverständlich streng geheim - das muss man als BürgerIn einfach glauben...

Nach gutachterlich bestätigten Berechnungen der Bürgerinitiative Strahlenschutz e.V. (BISS) könnte allerdings auch schon die Freisetzung der Hälfte des möglichen Restinventars außerhalb dieser Magie-Kammer, also von nur 0,1 % des genehmigten radioaktiven Inventars, eine großflächige Evakuierung in bis zu 20 km Entfernung notwendig machen.

Die BISS hat in jahrelanger Arbeit gegen den hinhaltenden Widerstand der Behörden Informationen zusammengetragen, welche die Rechtmäßigkeit dieser Genehmigung höchst fraglich erscheinen lassen. Da Hinweise der BISS an das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) folgenlos blieben, haben 2015 AnwohnerInnen einen Antrag auf Widerruf dieser Genehmigung eingereicht. Dieser blieb ebenfalls unbeantwortet. Mit Unterstützung des Rechtshilfefonds wurde

schließlich im Dezember 2019 als letztes Mittel Klage gegen das NMU wegen Untätigkeit eingereicht - verbunden mit einem Kostenrisiko von zehntausenden Euro.

Zwar hat Umweltminister Olaf Lies bei seinem Besuch bei der BISS im Juni 2019 gesagt, eine Entscheidung der Landesregierung dürfe nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden, doch die nun bereits 6 Jahre andauernde Verzögerungstaktik seines Ministeriums geht weiter: Bis heute hat es das Ministerium nicht geschafft, dem Gericht inhaltlich auf die Klage zu antworten und noch nicht einmal die vom Gericht angeforderten Akten vollständig übermittelt.

Begründung: Eckert und Ziegler sei noch nicht fertig mit dem Schwärzen der Akten und inzwischen sei ja auch Corona. Das Gericht musste das NMU darauf hinweisen, dass es die Aufgabe des Ministeriums ist, die tatsächlich notwendigen Schwärzungen vorzunehmen. Es kann nicht einfach Eckert und Ziegler alles schwärzen lassen, was sie als „Betriebsgeheimnis“ dem Gericht lieber nicht zur Kenntnis geben wollen.

Holzverbrennung - klimaneutral? Altholz ist eine knappe Ware!

Reichen die vorhandenen Altholzmengen für das neue Braunschweiger Biomasse-Heizkraftwerk? In zwei Interviews mit der Braunschweiger Zeitung (21.12.2018, 7.11.2019) stellte der damalige Vize-Vorstand von BSI Energy Paul Anfang fest: „Im Umkreis von 250 km sind pro Jahr drei bis vier Millionen Tonnen Altholz verfügbar – wir brauchen 180 000 Tonnen.“

Die Holzversorgung ist gesichert. Diese Aussage schien gegen jeden Zweifel erhaben zu sein. Es hörte sich so an, dass das Holz an verschiedenen Ecken in Deutschland bereit stünde und nur abgeholt werden müsste. Aber stimmt das? Im Text 115/2019

„BioRest: Verfügbarkeit und Nutzungsoptionen biogener Abfall- und Reststoffe im Energiesystem“ prognostizierte das Umweltbundesamt ein Potenzial von 10 Millionen Tonnen Altholz pro Jahr. Die Summe setzt sich zusammen aus 8,9 Millionen Tonnen aus Deutschland und 1,1 Millionen Tonnen Importholz. Die UBA-Daten lieferte ein Bericht des Institutes Trend Research „Markt für Altholz in Deutschland bis 2030“ aus dem Jahr 2017.

Von diesem Potential gehen 1,3 Millionen in die stoffliche Nutzung, vor allem Spanplattenherstellung, 8,4 Millionen in die energetische Nutzung und 0,3 Millionen in den Export.

Damit wird das gesamte Potential auch verbraucht. Wo sind die drei bis vier Millionen Tonnen in der Hälfte Deutschlands, auf die BSI Energy zurückgreifen will? War das eine Fehleinschätzung oder Falschaussage von Herrn Anfang?

Altholz liegt nicht überall herum, sondern ist ein knappes Gut. In Prognosen wird darauf hingewiesen, dass die Nutzungskonkurrenz in Zukunft größer wird. So soll die Spanplattenproduktion aus Altholz ansteigen, auch wird die Mitverbrennung in Kohlekraftwerken und Zementwerken überlegt, ebenso die Kraftstoffherstellung aus Altholz. Weiterhin wird die staatlich Förderung des Umbaus von Kohlekraftwerken zu Biomasse- und Gaskraftwerken durch die Bundesregierung die Konkurrenzsituation noch steigern. In diesem Zusammenhang sind die Umrüstungspläne des Hamburger Kohlekraftwerks Tiefstack interessant. Ähnlich wie in Braunschweig wird hier durch Kohleverbrennung Fernwärme erzeugt. Die Hamburger wollen als Brennstoff allerdings nicht Altholz benutzen, sondern Akazien-Frischholz aus Namibia importieren. Eine abwegige Idee, schädlich für Umwelt und Klima. Würden die Hamburger solche Planungen vornehmen, wenn in Deutschland große Mengen Altholz bereitstünden?

Wenn Altholz ein knappes Gut ist,

wäre eine mögliche Konsequenz eine Verteuerung am Markt. Das könnten Braunschweiger Nutzer von Fernwärme zu spüren bekommen. Um die Gesamtsituation besser beurteilen zu können, stellte Unser Braunschweig folgende Presseanfragen an BSI Energy:

1. Wie kam es zu den Aussagen von Herrn Anfang 2018 und 2019, dass drei bis vier Millionen Tonnen Altholz für BS-Energy zur Verfügung stehen?
2. Wie wird aktuell die Verfügbarkeit von Altholz eingeschätzt?
3. Wie verhält sich BSI Energy, wenn nicht genügend Altholz zu bekommen ist?
4. Ist mit einer Verteuerung der Fernwärme zu rechnen?

Und hier folgen die Antworten von BSI Energy:

zu 1.: Die Zahlen basieren auf Recherchen zum Altholzmarkt. Altholz ist ein nachhaltiger Brennstoff, der nicht für das stoffliche Recycling verwendet und auch nicht deponiert werden darf.
zu 2.: Das aktuelle Ausschreibungsverfahren zeigt eine hohe Verfügbarkeit.
zu 3.: Die Verfügbarkeit ist eine Frage des Marktes und damit auch des Preises. Wenn es Marktsituationen geben würde, die zu einem Engpass führen, dann würden wir Wärme mit unseren alternativen Anlagen erzeugen.

zu 4.: Eine marktübliche Preisanpassung ist nicht auszuschließen. Eine Anpassung kann je nach Marktsituation über einen bestimmten Zeitverlauf möglich sein (wie in der Vergangenheit auch) und nach oben und nach unten variieren.

Antwort 3 ist eine klare Festlegung von BSI Energy darauf, kein Frischholz in Zukunft zu verwenden, also auch nicht in Zeiten der Altholzknappeheit! Eine erfreuliche Aussage! Womit werden aber die genannten alternativen Anlagen gefüttert? Strom aus regenerativen Quellen? Kohlestrom? Erdgas?

BSI Energy sollte sich mit hohem Tempo darum bemühen, fossile Energien aus seinem Programm durch Wind-, Sonnenstrom und Sonnenwärme zu ersetzen. Immerhin wird in Braunschweig (BIBS, Fridays for Future, SPD) darüber diskutiert, wie die Stadt bereits 2030 klimaneutral werden kann. BSI Energy hat 2035 im Blick, müsste also alle Umstrukturierungen beschleunigen, wenn die Stadt das 2030er Ziel übernimmt, was sehr wünschenswert wäre.

Antwort 2 könnte durch die oben beschriebenen Entwicklungen in einem oder zwei Jahren schon anders aussehen. Mit Knappheitssituationen müssen wir rechnen. Und dann auch mit Preissteigerungen bei der Heizung.

Bernhard Pies

ZWEI VON UNS

LEONIE BARTSCH
BIBS-KANDIDATIN FÜR DEN RAT
WAHLBEREICH NÖRDLICHER RING UND
DEN BEZIRKSRAT NORDSTADT/SCHUNTERAU

BERNHARD PIEST
BIBS-KANDIDAT FÜR DEN RAT
WAHLBEREICH NÖRDLICHER RING

WIR STATT LOBBY – BIBS IN DEN RAT.

ZWEI VON UNS

PETER MEIER
BIBS-KANDIDAT FÜR DEN RAT
WAHLBEREICH NORDWEST UND DEN
BEZIRKSRAT NÖRDLICHER RING/SCHUNTERAU

ASTRID BUCHHOLZ
BIBS-KANDIDATIN FÜR DEN RAT
WAHLBEREICH NORDWEST UND DEN
BEZIRKSRAT NÖRDLICHER RING/SCHUNTERAU

WIR STATT LOBBY – BIBS IN DEN RAT.



Warum ich für die BIBS kandidiere:



Für eine konsequente und gerechte Klimapolitik: wir müssen jetzt handeln, damit wir unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft ermöglichen.

Naturschutz ist Daseinsvorsorge und Klimaschutz. Unsere Stadt wird in Zukunft nur lebenswert sein, wenn wir den Schutz von Bäumen und Grünflächen sicherstellen und nachhaltig gestalten. Wir brauchen Plätze an denen wir aufatmen und Kühle finden in den heißen Sommern. Vielfältige Bepflanzung braucht einen festen Platz in allen Bauprojekten, nicht nur als Dekorationscharakter



BIRGIT HUVENDIECK

Kandidatin für die Oberbürgermeister-Wahl, für den Bezirksrat im Wahlbereich 120, Östlicher Ring und für den Rat der Stadt im Wahlbereich 21, Südost

#WirMitEuch in den Rat und den Stadtbezirksrat



JÜRGEN REUTER ELKE ALMUT DIETER MARTINA GLIENKE BIRGIT HUVENDIECK HELMUT RÖSNER



...weiter von Seite 1

Sommer 2019 überstehen, oder gar bis zum Ende des Jahres streiken. 2020 kam Corona, wieder haben sich alle gefragt, ob wir durchhalten. Naja, was sollen wir sagen – es ist 2021 und wir sind immer noch hier! Doch so viel Zeit seit dem Beginn unserer Streiks auch vergangen ist, so wenig Zeit ist noch bis zu den Bundestagswahlen und den Kommunalwahlen im September. Dieses Jahr ist es unglaublich wichtig, dass wir Druck auf die Politik ausüben, denn die Wahlen werden Weichen stellen. Wir – oder zumindest die von uns, die wählen dürfen – entscheiden über unser aller Zukunft. Die nächsten vier Jahre werden klimapolitisch entscheidend sein. Wir können den Pfad zu 1,5 Grad schaffen. Was das ganz konkret heißt: Eine neue Regierung, egal aus welchen demokratischen Parteien sie sich zusammensetzt, muss eine 1,5 Grad-konforme Politik machen. Wir brauchen keine leeren Versprechen mehr, wir brauchen Handlungen. Alles andere können wir uns schlicht und einfach nicht mehr leisten. Wir müssen so dringend wie nie zuvor handeln.

Am 18.06. streikte Fridays for Future bundesweit mit verschiedenen Bündnispartner*innen. In Braunschweig fand in Kooperation mit der Gewerkschaft ver.di eine Fahrraddemo mit mehr als 100 Teilnehmer*innen statt.



Und nein, Flugtaxis sind keine entsprechende Handlung und bewirken erst recht keine 1,5 Grad-konforme Politik. Liebe CDU, ganz ehrlich: Ihr habt gar keinen Plan. 2019 haben wir Forderungen aufgestellt, was passieren muss, um Deutschland auf den Pfad für 1,5 Grad zu bekommen. Keine dieser Forderungen wurde bisher erfüllt, stattdessen wurden zum Beispiel ein Klimapäckchen und ein Kohlegesetz verabschiedet, neue Autobahnen gebaut und dafür Wälder abgeholzt. Doch dass unsere Forderungen notwendig sind, haben jetzt Gerichte bestätigt. Die Klimapolitik der Bundesregierung wurde vom Bundesverfassungsgericht für unzureichend erklärt. Auch auf internationaler Ebene gibt es immer mehr Urteile gegen Regierungen oder Konzerne. Mittlerweile werden unsere Forderungen also sogar von den Profis unterstützt – vielleicht haben wir Klimakids ja nie so wirklich Unrecht gehabt? Zu Beginn streikten wir Schüler*innen fast alleine, aber schnell schlossen sich uns mehr Menschen an – heute stehen breite Bündnisse an unserer Seite und wir werden immer mehr. Statt leeren Versprechungen herrscht auf der Straße Aufbruchsklima! Wir demon-

strieren mit Gewerkschaften wie ver.di, migrantischen Initiativen und vielen anderen als Gesellschaft. Wir zeigen, wie der Wandel aussieht und wo er stattfindet: Auf der Straße. In den kommenden Wochen werden wir bundesweit weiter und wieder regelmäßig streiken. Wir werden noch mehr und noch lauter werden. Das ist notwendig, und wir werden es schaffen. So, wie wir in den letzten zweieinhalb Jahren oft das Unmögliche möglich gemacht haben, werden wir weiter machen. Wir verbinden Kämpfe, setzen uns füreinander ein, für unsere Zukunft und auch die Lebensrealität von Menschen in den am meisten betroffenen Regionen. Denn die Klimakrise ist Realität! Aber wir eben auch, unser Druck, unser Durchhaltevermögen. Wir hören erst dann auf, wenn Klimagerechtigkeit Realität ist. Also: Wir sehen uns auf den Straßen!

Du hast Lust, so richtig was zu verändern?

Komm mit uns auf die Straßen, sei mit uns laut! Unsere nächste Demo findet am 21.07. um 11:30 Uhr vor dem Rathaus statt. Es wird um das Klimaschutzkonzept gehen und die Stadt Braunschweig bekommt, genauso wie wir Schüler*innen, an diesem Tag ein Zeugnis. Du willst noch mehr machen? Wir freuen uns immer über junge, motivierte Menschen, die Lust haben, sich bei uns zu engagieren. Ob Streikplanung, Öffentlichkeitsarbeit oder Forderungen - es gibt immer etwas zu tun! Komm also gerne zu einem unserer Plena. Aktuelle Infos und Kontaktdaten findest du auf unserer Webseite unter www.fff-braunschweig.de und auf unseren Social Media-Seiten.“



Die Klimakatastrophe bedroht uns Menschen existentiell. Das bestätigte auch der Weltklimarat IPCC in seinem gerade erschienenen neuen Bericht. Schon jetzt sterben Hunderttausende an den Folgen. Auch Deutschland wird um 2050 herum in Teilen unbewohnbar werden (siehe z. B. Bericht Umweltbundesamt 2021). Das Überleben und die Freiheit unserer Kinder und Enkel sind bedroht.

Die Klimapolitik ist gescheitert, lokal, national und international. Trotz des vorhandenen Wissens, was zu tun wäre, und trotz des eindeutigen Urteils des Bundesverfassungsgerichtes gibt es kaum mehr als politische Lippenbekenntnisse. Deutschland mit seiner GroKo ist der entscheidende Verhinderer europäischen Klimaschutzes. Aber auch in Braunschweig (und Niedersachsen) bremsen die Verwaltung und die Parteien mit drei Buchstaben wirksame Schutzmaßnahmen aus und beschließen ständig weitere klimaschädliche Vorhaben, teilweise sogar mit den Grünen. Weder die Zielsetzungen („Klimaneutralität bis 2050“) noch Ratsbeschlüsse oder Verwaltungshandeln lassen erkennen, dass die Brisanz und die Notlage durch Erderhitzung und Artensterben verstanden wurden. Was wir benötigen, ist eine grundsätzlich andere und nicht eine leicht verbesserte Klimapolitik!

Klimaproteste sind seit 2018 weltweit aus dem Boden geschossen - dank Greta Thunberg - und leisten Wertvolles. Allerdings reichen Demos als Protestform und ein bisschen Pseudo-Bürger:innenbeteiligung nicht aus. Darum haben wir Aktivist:innen uns entschieden, auch politisch aktiv zu werden und die Klimaliste Braunschweig gegründet. Auch auf kommunaler Ebene muss uns bis spätestens in neun Jahren ein umfassender sozial-ökologischer Wandel gelingen. Verkehrswende, Energiewende, Bauwende, Agrarwende, Waldwende etc. und die Abkehr von fossilen Projekten ermöglichen auch lokal sozialverträglichen Klimaschutz, kurz: Klimagerechtigkeit. Wir fordern das, was nötig ist und nicht das Wenige, das möglich erscheint (unter den jetzigen gesetzlichen Rahmenbedingungen). Mit der BIBS sind wir uns einig: Braunschweig braucht Klimaneutralität bis 2030!

Die BIBS (Bürgerinitiative Braunschweig) bietet einen wertschätzenden, umweltfreundlichen und lobbyfreien Ansatz für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die Verbesserung des Gemeinwohls. Wir sind überzeugt, dass Klimaliste und BIBS perfekt zusammenpassen, denn beide sind Graswurzelbewegungen zwischen „politischer Partei“ und Aktivist:innen-Kollektiven. Daher freuen wir uns, dass die BIBS uns am 14.06.21 einstimmig als weitere Bürger:innen-Initiative aufgenommen hat. Gemeinsam bringen wir nun - mitten in der Klimakrise - explizit das Thema Klima ganz nach vorn. Wir sagen die schreckliche Wahrheit. Wir stehen in Verbindung zur Wissenschaft. Wir schlagen einen Klimaahaushalt vor. Wir bieten eine Plattform für junge Menschen. Und wir sind auch manchmal störend und ungehorsam - den Namen Klimaliste werden Sie von nun an öfter hören!

*Klimaliste Braunschweig
Dr.-Ing. Britta Hirschberger,
Ingo Stremme und Edmund Schultz*

IM RAT



BIBS INITIATIVE

VERKEHRSWENDE JETZT!



MICHAEL WINTER

WIR STATT LOBBY - BIBS IN DEN RAT.



BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunschweig, Landesspark, 250 500 00
IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative
Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach, Edmund Schultz
Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS



UNSERE KANDIDAT:INNEN FÜR DEN RAT DER STADT

Wahlbereich 11 Nordost



Tatjana Jenzen

- Silke Arning
- Dr. Martin Arning
- Oliver Büttner
- Uwe Ohlhafer
- Michael Buchholz
- Dr. Kerstin Lindner
- Henning Jenzen
- Mohammed Jebahi
- Joachim Kleppe

#wirmiteuch

Wahlbereich 12 Östlicher Ring



Peter Rosenbaum

- Hanna Märgner-Beu
- Dr. Ute Lampe
- Werner Hensel
- Margitta Deceunink
- Andreas Wolter
- Barbara Biadacz-Hennig
- Vico-René Segers
- Ronald Krahn

Wahlbereich 21 Südost



Birgit Huvendieck

- Helmut Rösner
- Jürgen Reuter
- Elke-Almut Dieter
- Till Rosenbaum
- Sebastian Barnstorf
- Frank Erfurth
- Heide Janicki
- Alexander Kobus
- Thomas Schmidt

Wahlbereich 13 Innenstadt/ Südlicher Ring



Edmund Schultz

- Friedrich Walz
- Renate Rosenbaum
- Dr. Elke Schrage
- Paul-Josef Baumann
- Michael Beck
- Renata Wyganowska
- Dr. Britta Hirschberger
- Dr. Volker Märgner
- Brigitte Dittrich



Wahlbereich 31 Westlicher Ring



Bianca Braunschweig

- Christian Rank
- Michael Winter
- Heiderose Wanzelius
- Matthias Witte
- Timo Reuter
- Elisabeth Olearnik
- Annegret Müller
- Alexandra Funke
- Hartmut Jolie

Wahlbereich 22 Südwest



Stefanie Schlenzog

- Niels Salveter
- Astrid Kasper
- Werner Barnstorf
- Margot Olearnik
- Christian Petermann
- Thomas Holst
- Ulrich Buchheister

Wahlbereich 32 Nordwest



Uwe Fritsch

- Peter Meyer
- Astrid Buchholz
- Sven-Christoph Schütt
- Ingo Stremme
- Klaus Hagenau
- Dirk Hesse
- Jürgen Schwarzer

#BiBSindenRat

Wahlbereich 33 Nördlicher Ring



Bernhard Piest

- Leonie Bartsch
- Christian Plock
- Sabine Bartsch
- Sylvia Wolter
- Jann Döpke
- Detlef Alsleben
- Alexander Wolter

KLIMASCHUTZ UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Vir unterstützen die Forderungen von Fridays for Future und die Bewerbung für das Förderprogramm 100 Städte klimaneutral bis 2030 der EU. Wir fordern den Klimanotstand, Klimavorbereitung für alle Beschlüsse, eine Energie- und Solarwende, Wald-, Agrar- und Bauwende. Wir brauchen Klimaneutralität bis spätestens 2030! Wichtig sind uns ein Ausbildungszentrum für Solarfachkräfte und die Berücksichtigung von Bäumen als CO₂-Senke. Wir wenden uns gegen Förderung, Import und Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas sowie LNG (Fracking-Gas) und fordern ein Ende der Verbrennung von Holz, Bäumen und Wäldern.

VERKEHRSWENDE
2030 sind wir nicht mehr auf das Auto angewiesen. Die Angebote für den Umweltverbund - zu Fuß gehen, Fahrrad fahren, öffentlicher Nah- und Fernverkehr - sind schneller, bequemer und preis-

wert. Die Stadt ist viel lebenswerter, weil sie nicht mehr vom Autoverkehr dominiert und erdrückt wird. Flächen, Geld und Personal wurden zugunsten des Umweltverbundes und des Stadtgrüns neu aufgeteilt. Die Innenstadt ist autofrei und in Wohngebieten gilt Tempo 30. Für Gewerbe und für Gütertransporte gibt es klimaschonende Alternativen zum Kraftfahrzeug. Die neue sanfte Mobilität schont das Klima, die Gesundheit, die Nerven und die Stadtkasse. Die „Stadt der kurzen Wege“ lädt ein zum Zu-Fuß-gehen, verweilen und Fahrrad fahren. Unvermeidlicher Restautoverkehr (z. B. Gehbeeinträchtigte und Gewerbe) ist elektrisch. Der Radverkehrsanteil liegt über 50%. Im neuen attraktiven ÖPNV gilt der Nulltarif.

BAUWENDE
Energetische Gebäudesanierung, regenerative Energien nutzen, Kostendrittelungsmodell für faire und soziale Mieten, klimaschonende Neubauten.

UMWELT

KEINE ATOMKRAFT UND RADIOAKTIVITÄT IN BRAUNSCHWEIG

BAUMSCHUTZ UND STADTGRÜN - FALLSTOPPI
• Eine Gehölzschutz- und -förderersatzung
• Mehr Grün, Bäume und Natur. Jährlich mindestens 10.000 neue Bäume und Büsche plus Ersatz, dafür jährlich 30 Mio. Euro mehr an den Fachbereich Stadtgrün und Sport

BIODIVERSITÄT, NATUR- UND ARTENSCHUTZ
• Maximal mögliche Entseelung und ein Versiegelungskataster
• Kleingärten als Stadtgrün erhalten und nicht in Bauland oder Verkehrsflächen umwandeln

- Jährliche Durchsetzung eines Naturschutzgebietes mit erheblich verbesserten Schutzregeln
- Ökologisch nachhaltiger Pflegeplan für alle Parks und Grünflächen mit Schwerpunkt Insektenschutz
- Verbindliche vollständige Einstellung kommerzieller Waldnutzung in Stadt und Region und Umstellung auf naturnahe Waldbewirtschaftung (Lübecker Modell, dafür 10 Mio. Euro jährlich)

NACHHALTIGE BESCHAFFUNG

KLIMAFREUNDLICHE UND RESILIENTE STADTPLANUNG

VORGABEN FÜR GEBÄUDE
• Photovoltaik und als energetischer Mindeststandard Passivenergiehaus
• Wegen des höheren Flächen- und Energieverbrauchs weniger Einfamilienhäuser
• Fassaden- und ggfs. Dachbegrünung sowie Regenwassernutzung für Grünbewässerung
• Vermeidung des Einsatzes klimaschädlicher Materialien wie zum Beispiel Beton
• Ebenerdige Zufahrt für Fahrräder
• Nist-, Brut- und Trinkmöglichkeiten für Insekten, Vögel und Fledermäuse

- Mindestanzahl Sträucher und heimischer Blühwiesen für Vögel, Insekten, Igel und andere Kleintiere
- Versiegelungsanteil verringern und helle Flächen anlegen gegen Aufheizung durch Sonne

VORGABEN FÜR FLÄCHEN
• Luftschneisen erhalten bzw. bei Neubauten einplanen
• Keine Verdichtung der Stadt auf Kosten von Grünflächen
• Alten Baumbestand bereits vor Planungen erfassen, erhalten und schützen
• Nur Mischgebiete (Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Grün, Freizeit - für die Stadt der kurzen Wege)
• Mindestanzahl Bäume pro Fläche (Blattmasse als Maßstab, um großkronige Bäume zu fördern)

- VORGABEN FÜR MOBILITÄT**
- Gehwege und Plätze nach den Empfehlungen des FUSSE e. V. und Tempo 30
 - Radverkehrsnetz mindestens nach „Braunschweiger Standard“ (Ratsbeschluss aus 2020)
 - Anbindung an das geplante Veloroutennetz und die Fahrradschnellwege
 - Hochwertige ÖPNV-Anbindung für 80% aller Menschen, die in dem Gebiet erwartet werden
 - ÖPNV im 10-Minuten-Takt und ein Abend- und Nachtangebot
 - Parkraumbewirtschaftung für Kfz-Parkplätze und minimierte Anzahl durch Mobilitätskonzepte
 - Die „Bahnstadt“ als klimafreundlicher Stadtteil

FINANZIERUNG / KLIMAHASHALT

Die Kosten für die Folgen der Klimakatastrophe übersteigen jedes vorstellbare Maß. Daher ist jeder für Klimaschutz ausgegebene Euro eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft. Die BIBS setzt sich ein für eine Umschichtung von klimaschädlichen Ausgaben (wie z. B. für Kfz-Infrastruktur, aufwendige und unnötige Platzgestal-

tungen, ungerechtfertigte Vorteile für Investoren oder die Bezuschussung des Flughafens) zugunsten von Klimaschutzmaßnahmen. Kosten und Gebühren werden im Grundsatz daran orientiert, dass klimafreundliches Verhalten belohnt wird und klimaschädliches Verhalten mehr kostet.

MIETEN BREMSEN - BESSERE WOHNRAUMVERSORGUNG

- Göttinger und Wiener Modell - Daseinsvorsorge durch die Stadt durch Rückkauf von Mietshäusern, Grund und Boden - keine Investoren!
- Förderung von gemeinwohlorientiertem Immobilienbesitz
- Erhöhung der Quote für Sozialwohnungen von 20% auf 33,3%

- Verpachtung städtischer Flächen statt Verkauf (siehe Erbbaurecht)
- Einführung einer Zweckentfremdungssatzung gegen absichtlichen Leerstand
- Das für Mieter:innen unfreundliche Wirken von „Miethaien“ wie z. B. der Vonovia beenden

WIRTSCHAFT UND GEWERBE

- Unbürokratische und schnelle Existenzsicherungshilfen mit Flexibilität und Augenmaß bevorzugt für (Klima- und sozialverträgliche) Kleingewerbetreibende, die durch Corona gefährdet sind
- Kein interkommunales Großgewerbegebiet Scheppau am Autobahnkreuz A2/A39
- Nutzung brachliegender, bereits versiegelter Flächen für neue Gewerbegebiete (wie z. B. in Salzgitter) bei optimaler Anbindung an die Bahn, den ÖPNV und das Veloroutennetz

- Keine Braunschweiger Landessparkasse zu Lasten und auf das Risiko der Bürger:innen
- Schluss mit Geschenken aus Steuermitteln an Investoren (wie z.B. an die Volksbank BraWo, Borek Immobilien).
- Erhalt der ca. 15.000 VW-Arbeitsplätze durch die Entwicklung neuer Produkte über die automobile Wertschöpfung hinaus. Durch die Entwicklung und Produktion von klimaschonenden Technologien soll die Zahl der Arbeitsplätze sogar mehr als verdoppelt werden!

SOZIAL MITEINANDER

GESUNDHEITSVORSORGE - KLINIKUM BRAUNSCHWEIG
Das städtische Klinikum ist drastisch unterfinanziert. 750 Mio. Euro fehlen, obwohl wir sechs Landtagsabgeordnete haben und die Gesundheitsministerin stellen. Die aktuelle Pandemie zeigt, dass der Staat deutlich mehr in das Gesundheitssystem investieren muss. Er hat die Aufgabe der Gesundheitsversorgung viel zu stark vernachlässigt und in die Hände gewinnorientierter Konzerne gegeben. Wir wollen die Krankenhausfinanzierung und die Bedingungen für das Personal deutlich verbessern!

DASEINSVORSORGE, PRIVATISIERUNGEN UND KOMMUNALE FINANZEN
Privatisierungen beenden - die Versorgung mit Wasser, Strom, Kliniken, Wohnraum und gesunden Wäldern rekommunalisieren. Die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) unter öffentliche, zivile Kontrolle!

- ARMUT VON KINDERN, JUGENDLICHEN UND FAMILIEN BEKÄMPFEN**
- Abbau von bürokratischen Hürden bei der Beantragung von Sozialleistungen
 - Sporthallenbau und Schulsanierungen beschleunigen
 - Weiterer Ausbau von Bürger:innen- und Nachbarschaftszentren
 - Für wertschätzende und respektvolle Kommunikation, Nachvollziehbarkeit, Transparenz und mehr Austauschmöglichkeiten von Politik und Jugend

SOZIALE SCHIEFLAGEN REDUZIEREN
• Keine Kürzung der Mittel für das Frauenhaus
• Konzentration verstärkter Armut in einzelnen Stadtgebieten aufbrechen

GEGEN ALTERSARMUT GLEICHSTELLUNG FÖRDERN
Die BIBS lehnt jegliche Form von Diskriminierung, Sexismus, Gewalt, Ausgrenzung oder Beleidigung ab.

- In allen kommunalen Entscheidungsgremien ist eine Quotierung mit dem Ziel 50/50 erwünscht.
- Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit! (Equal Pay) für alle Arbeitsstellen in der Stadt
- Wir unterstützen LGBTQIA+-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Inter, Asex, u.a.) und PoC (Persons of Color) in ihrem Anliegen, ein gleichberechtigtes Leben zu führen
- Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen bei der Stadtplanung
- Sicherheit und soziale Absicherung für Menschen, die sich prostituieren

INKLUSION FÖRDERN
• Unterstützung von beeinträchtigten Menschen und ihrer Interessensvertretungen
• Gemeinsam Inklusion als dynamischen Prozess gestalten und den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen anpassen

WISSENSCHAFT UND INNOVATION

Die BIBS möchte Braunschweig als Stadt der Wissenschaft stärken und setzt sich insbesondere ein für Forschung und Entwicklung zum Wohle der Menschen (Klimaschutz, Artenschutz, Infektions-

schutz, Pandemiebekämpfung, Friedensstrategien und internationale Zusammenarbeit). Militärische Forschung und Entwicklung zur Nutzung von fossilen Energieträgern lehnen wir ab.

FÖRDERUNG VON KUNST UND KULTUR

Die BIBS will Museen, Institute und Vereine, die sich mit Kultur und Kunst beschäftigen, finanziell und durch größere Wertschätzung stärken. Sie

tritt allen Bestrebungen entgegen, Kultur coronabedingt mit Sparmaßnahmen zu belegen. Keine Kürzungen im Kulturbereich!

...weiter von Seite 1

Klinik Verkauf?

Aber wollen wir Braunschweiger:innen, dass unser Klinikum mit seinem hervorragenden Ruf an den internationalen Finanzmärkten zum Spekulationsobjekt wird?

Partei-Politiker:innen tauchen ab

Unsere Landespolitiker:innen hat Markurth bereits am 3. März 2021 in der BZ gemahnt „Klinikum: Markurth sieht Land in Pflicht“ und hat auch im Rat der Stadt Ende 20 und nochmals Anfang 21 deutliche Worte gefunden. Zusätzlich

rief er vor ein paar Wochen auch noch alle Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates zu einer online-Konferenz zusammen ... die Botschaft vor allem auch an seine Landtagsabgeordneten, von denen ja vier zugleich im Rat sitzen, war eindeutig:

Die Krankenhausfinanzierung krankt! Das Klinikum muss endlich – ähnlich wie längst die Standorte in Hannover und Göttingen – durch Landesmittel abgesichert werden! Markurth fühlt sich



im Stich gelassen und tritt zur kommenden OB-Wahl nicht mehr an.

Letzte Meldung Ins Wespennest gestochen

Nach Start der Petition zur Rettung des Klinikums beeilten sich ALLE Parteien im Finanzausschuss 1.7., ihre Unterstützung für das Klinikum zu betonen - das ambulante Reha-Zentrum in Zukunft weitergeführt und sogar noch ausgebaut - also mal weiter mit der Petition - der Druck auf die Politik sollte ruhig noch verstärkt werden.

Daseinsvorsorge Anspruch und Wirklichkeit

1. bezahlbarer Wohnraum

Wenn z. B. ein OB-Kandidat, Herr Kornblum, 8.000 bezahlbare Wohnungen verspricht - dann müsste er sich doch verpflichten, die rd. 55 Mio. €, die der städt. Nibelungen Wohnbau in den vergangenen 15 Jahren entzogen worden sind, an die NiWo zurückzuzahlen, oder? -

Zum Nachlesen, wie der Aderlass der NiWo vonstatten ging: Seite 4 - Ausgabe Nr. 10 dieser Zeitung.

2. Baulandpolitischer Grundsatzbeschluss

Beschluss im Rat vor einigen Wochen: den gibt es bereits seit dem Jahr 2000 in anderen Städten (Stichworte, kein Verkauf an Flächen für private Bauland-Entwickler, Erbbaurechtvergabe anstatt Verkauf, Abschöpfung von Planungsgewinnen durch die Kommune, Vorkaufsrechte der Stadt nutzen bei privaten Verkäufen von Land und Immobilien).

Bloß, warum hat die Stadt noch schnell vor diesem Grundsatzbeschluss

- große Flächen bei Rautheim „Heinrich der Löwe“ dem „Investor“ Kanada-Bau (im Rat vertreten durch Björn Hinrichs CDU) überlassen und
- im Holzmoor rd. 74.000 Quadratmeter Grabeland (10 € pro qm) dem Ehrenbürger Herrn Borek nicht nur gelassen, sondern wertmäßig durch Umwandlung in Bauland auf ca. 400 € pro Quadratmeter (Differenz immerhin ca. 30 Mio €) vergoldet?

Die BIBS hatte angeregt, Herrn Borek um eine freiwillige Rückerstattung seines Planungsgewinns an die Stadt zu bitten.

Was kann/muss die Politik tun?

zu 1. Wohnraumversorgung vor Rendite:

eigenes kommunales Wohnungswesen ausbauen, statt kommun. Wohnungsbestand zu verkaufen, So steht es auch in der Satzung der Nibelungen Wohnbau: „... breite Bevölkerungskreise mit Wohnraum zu versorgen ...“ (NiWo-Satzung) Die BI „Rettet die NiWo“ hatte zwar erreicht, dass Verkäufe zwischen 2004 bis 2007 von rd. 1.000 Wohnungen danach gestoppt wurden - so verblieben der NiWo zumindest noch rd. 7.100 Wohnungen.

Leider nicht gestoppt werden konnte der jährliche „Dividenden“-Transfer.

So belaufen sich die für die Nibelungen-Wohnbau verlorenen Summen auf rd. 55 Mio. €. Will man bezahlbaren Wohnraum in Braunschweig, dann müssten die 55 Mio. € zur Stärkung der NiWo wieder an die Niwo zurück fließen und CDU, SPD, FDP und Herr Kornblum müssten auf Beschlüsse für zukünftige „Gewinn“-Entnahmen zugunsten des Stadtsäckels verzichten.

zu 2. Planungsrecht konsequent nutzen:

Bauland-Entwicklung Beispiel Heinrich der Löwe: alte Bundesliegenschaft wurde privatem „Investor“ Kanada-Bau überlassen. Jetzt wundert man sich aktuell, dass Kanada-Bau (um den CDU-Rats Herrn Hinrichs) konsequent für höheren Profit die Flächen ausreizt. Auf die Vorhaltung, da würde nun „schwarz“ mehr gebaut, als vereinbart, teilt die Verwaltung aktuell mit:

„Die Baumaßnahmen entsprechen den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Allerdings entspricht die tatsächliche Realisierung des Bau-

gebietes nicht dem mit dem Investor vorab abgestimmten, unverbindlichen Nutzungsbeispiel.“ Vorlage - 21-15365-01 vom 1.6.2021

Stadtklima:

Warum sollen nicht sofort alle städtischen Dächer mit Solarkollektoren ausgestattet werden? Da wurde bereits vor 13 Jahren auf Vorlage der BIBS zwischen den Parteien im Rat über ein „Tausend-Dächer-Programm“ diskutiert. Die Mehrheit im Rat machte daraus 10 Dächer, die aber auch nur an Investoren vermietet werden sollten. Warum haben Stadt und selbst auch BS|Energy ihre eigenen Dächer nicht bereits seit mindestens einem Jahrzehnt mit Solarkollektoren ausgestattet?

Frauen in Braunschweig chancenlos?

Anfang des Jahres war eine Amtsleitung neu zu besetzen, eine Bewerberin und ein Bewerber waren gleichqualifiziert gemäß zuständigem Personal-Dezernat. Trotzdem bekam der Mann den Posten, weil der bisher schon woanders Amtsleiter gewesen sei, die Frau dagegen bisher nur stellvertretende Amtsleiterin! Nicht einmal zu einem Vorstellungsgespräch wurde sie eingeladen. So wird das nie was mit der Gleichstellung, Herr Dezernent Kornblum (SPD). An die Leserschaft: Fragen Sie doch einmal die Ratsleute Ihres Vertrauens, die Parteien, wie die dazu stehen und vor allem, wie sie dazu abgestimmt haben.



Was heißt eigentlich VERKEHRSWENDE?

Die nächste Stadtbahnhaltestelle ist höchsten 500 m entfernt - überall. Die Bahn kommt alle drei Minuten und fährt rund um die Uhr. Sie hat immer genug Platz für mein Fahrrad oder irgendwelche Sachen, die ich gerade transportieren will. Rufbusse leisten Zubringerdienste bei Bedarf. Sie kommen in maximal 15 Minuten, sogar auf dem Land. Der ÖPNV, der Regional- und der Fernverkehr sind kostenlos für alle. Überall sind Bäume, auch viele große alte Bäume und wilde Naturparks. Das letzte Mal, dass ich ein Auto gesehen habe, ist schon zwei Wochen her. Es war ein Krankenwagen.

Da es keine privaten Autos mehr gibt, gibt es kaum noch Kranke, Verletzte und Tote durch die Mobilität. Dadurch sind die Krankenkassenbeiträge um 70 % gesunken. Endlich ist Ruhe - mensch kann sich auf den Straßen und Plätzen ungestört unterhalten und nachts ruhig schlafen! Die Luft ist sauber, riecht gut und die Stadt ist nicht mehr so stark aufgeheizt. Sogar die Lebenserwartung ist gestiegen!

Es gibt viel mehr Platz und buntes Treiben und Leben überall auf den Straßen und Plätzen - wie im lebensfrohen mediterranen Süden. Kinder spielen wieder gefahrlos draußen. Sie gehen oder fahren mit dem Rad alleine zur Schule. Fußgänger:innenzonen sind überflüssig geworden, weil jetzt die ganze Stadt attraktiv geworden ist.

Mit dem Rad kann ich auf breiten Wegen schnell und sicher überall nahezu Luftlinie fahren. Die Hauptverkehrsachsen sind teilweise überdacht, hell und begrünt, so dass auch Regen kein großes Ärgernis beim Radeln ist. An fast allen Hauseingän-

gen und Haltestellen gibt es sichere, trockene, beleuchtete Radabstellplätze mit Lademöglichkeiten und Schließfächern. Ampeln, Bordsteine und Kopfsteinpflaster gibt es nicht mehr. Muss ich Größeres transportieren, kann ich unkompliziert und kostenlos ein geeignetes E-Lastenrad buchen oder ein Fahrrad-Lastenkurier hilft mir dabei für kleines Geld, weil städtisch gefördert.

Meine Paketbot:in kommt jetzt mit einer eigenen kleinen Lastenstraßenbahn, die auf Extragleisen an Haltestellen parkt und gleichzeitig als „Micro-Hub“ dient. Die „letzte Meile“ fährt sie/er mit einem bequemen schnellen Lastenrad.

Für den Güterverkehr der ganzen Stadt gibt es ähnliche, stadtbahnbasierte Lösungen. Lkws gibt es zwar noch - aber nur im Museum! Güter sind wieder zu 90 % auf der Bahn. Die fährt teilweise auf ehemaligen Autobahnen, da, wo diese nicht zu Gewerbegebieten oder zurück gebaut und bewaldet wurden.

Das Beste: diese neue Mobilität spart so viel Geld ein, dass damit das bedingungslose Grundeinkommen für alle finanziert wird. Sogar die Autokonzerne haben ihre Produktion umgestellt. Sie bauen jetzt u. a. Photovoltaik auf alle Dächer, produzieren Straßenbahnen sowie klimafreundliche Züge, Schiffe, Bau- und Landmaschinen, Windstromgeneratoren und Lastenfahrräder. Sie haben die Zahl ihrer Arbeitsplätze mehr als verdreifachen können und stellen gerne alle Menschen ein, die aufgrund der Klimakatastrophe ihre Heimat verlassen müssen und nach Europa fliehen. Oder so ähnlich. Aber autofrei!

Klimaliste Braunschweig,
Edmund Schultz

#WirMitEuch in den Rat

Ratskandidatur Süd-West



Niels Salveter

Astrid Kasper



Schacht KONRAD alt - marode - ungeeignet!

Nach Gorleben auch Schacht KONRAD aufgeben! Gorleben lebt – Salzgitter soll auch leben! Während der Standort Gorleben endlich als künftiges tiefengeologisches Lager für radioaktive Abfälle aufgegeben wurde, wird in Salzgitter das alte Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD weiter zu einem Atommülllager umgebaut. Das Projekt, das ebenfalls aus den 1970er Jahren stammt und für das es ebenfalls kein Standortauswahl-

verfahren gegeben hat, wäre heute nicht mehr genehmigungsfähig. Bereits zum Zeitpunkt der Genehmigung entsprach Schacht KONRAD nicht dem damaligen Stand von Wissenschaft und Technik. Kein Wunder, schließlich waren für die Genehmigung politische Interessen ausschlaggebend.

Am 27. Mai 2021 haben deshalb der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) einen An-

trag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses Schacht KONRAD beim Niedersächsischen Umweltministerium eingereicht. Getragen wird dieser juristische Schritt vom Bündnis Salzgitter gegen KONRAD, in dem die Stadt Salzgitter, die IG Metall Salzgitter-Peine, das Landvolk Braunschweiger Land und die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD seit Jahren erfolgreich zusammenarbeiten.

red

Rechtsfreie Räume?

Warum müssen Bewohner:innen in einer ordentlichen Wohnanlage es erdulden, dass sich ein Fleischerlege- und Handelsbetrieb niederlässt und sie massiv belästigt?

Anwohner:innen werden erneut aktiv und schreiben den Ratsfraktionen; es geht um den seit Jahren andauernden Interessenkonflikt zwischen Anwohner:innen und einem Gewerbe in der Kreuzstraße.

Die Wohnungen befinden sich unmittelbar über einem Markt, der sich u. a. mit der Verarbeitung und dem Vertrieb von Fleischwaren befasst.

Es kommt dort immer wieder zu Rechtsverletzungen, z. B. zu Verstößen gegen Hygienevorschriften, u. a. bei der Anlieferung größerer Fleischmengen. Beklagt werden massive Geruchs- und Lärmbelästigungen, eine fehlende Ladezone und Verkehrschaos durch täglich mehrfach anliefernde Groß-Lkws, zusätzlich Paketdienste und regionale Kundenfahrzeuge.

Die zahlreichen Beschwerden gingen an die Stadtverwaltung.

Falsche Ermessensentscheidung?

Zuletzt wurde mit dem zuständigen Dezernenten, Herrn Kornblum, ein persönliches Gespräch geführt. Herr Kornblum wiegelte ab, der Markt bewege sich im Rahmen dessen, was genehmigt sei.

Hinter vorgehaltener Hand wird schon mal erklärt, dass damals offensichtlich eine falsche Ermessensentscheidung getroffen wurde.

Der Eindruck im Wohn-Umfeld, in einem rechtsfreien Raum zu leben, verstärkt sich.

Aus der Anwohnerschaft setzt man nun auf eine Deeskalationsstrategie und schlägt von sich aus Lösungsansätze vor:

Sei es zielführend, wenn die Stadt Braunschweig dem Betreiber einen größeren Standort für sein Gewerbe anbieten könnte und dieses extrem belastende Gewerbe im Wohnggebiet wieder rückabwickelt? *red*



Alle zusammen gegen den Faschismus

Zunehmend provozieren Nazis der Partei „Die Rechte“, im westlichen Ringgebiet mit Hakenkreuzen, rassistischen Aufklebern und Sprüchen wie „nationaler Sozialismus jetzt - Nazi-Stadt Braunschweig“.

So soll Hass gesät und der Charakter unseres gemeinsamen Zuhauses zerstört werden. Ausgangspunkt ist meistens eine Wohngemeinschaft am Frankfurter Platz.

Das trifft auf den Widerstand der



meisten hier lebenden Nachbar:innen. Mit Demonstrationen, an denen sich hunderte beteiligten, wurde auf die Bedrohungslage durch die Nazis aufmerksam gemacht oder gegen ihre Auftritte demonstriert, so eine Demonstration im Oktober 2020, die in nicht mal 12 Stunden über 200 Menschen auf die Straße bringen konnte. Auch der DGB zeigte am 1. Mai diesen Jahres, mit dem Verlegen der traditionellen Demonstrationsroute in das WRG, dass das Zurückdrängen der Nazis auch Angelegenheit der Gewerkschaften ist.

Daran werden wir weiter festhalten und unser Zuhause gegen Hetze, Bedrohungen und Angriffe von Rassenkriegsfanatikern verteidigen. In diesem Sinne rufen wir euch, unsere Nachbar:innen, Freund:innen und Kolleg:innen auf, sich anzuschließen!
Timo Reuter

Nazischläger Pierre Bauer terrorisiert Ratsherrn der BIBS

In den letzten Wochen kam es immer wieder zu anonymen Angriffen wie zerstochnen Reifen und geschändeten Stolpersteinen vor dem Haus des Ratsherrn der BIBS Peter Rosenbaum und zu wochenlangem, nächtlichem Telefonterror. Mittels Telefon-Fangschaltung konnten zugehörige Namen ermittelt werden, so vom Nazischläger „Pierre Stefan Bauer“, wie der Redaktion mitgeteilt wurde. Bauer hat mit zahlreichen Straftaten traurige Berühmtheit er-

langt, u. a. auch wegen schwerer Körperverletzung, als er einem Schüler der Neuen Oberschule den Kiefer gebrochen hat.

Es reicht!

Die Redaktion



Hier ein Selbstportrait des Nazi-Schlägers auf der Homepage seiner Totenkopfgruppe „Adrenalin381“



Nächtliche Droh-Auftritte der Pierre Bauer-Gruppe vor dem Mehrfamilienhaus Eichtalstr. 8 - vor einem ihrer Plakate „Wir hängen nicht nur Plakate“

Wehret den Anfängen



Anlieferung, Abfallentsorgung und Warenbearbeitung auf Parkplatz im Hof

#WirMitEuch in den Rat



HANNA MÄRGNER-BEU

PETER ROSENBAUM



Hier begann am 29. Juni 1933 durch die Nazis die systematische Verfolgung politischer Gegner im Eichtal-Arbeiterviertel. Elf Gewerkschafter wurden in das AOK-Gebäude verschleppt, dort gefoltert und am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordet.

ZUR MAHNUNG AN DIE LEBENDEN, DEN NEUEN NAZIS RECHTZEITIG ENTGEGEN ZU TRETEN.

Ausschnitt aus dem Relief von Werner Heising - gemeinsam ermordet mit Gewerkschaftern und Studenten. Eichtalergasse 11, ca. 1933

BIBS
BÜRGER INITIATIVE
BRAUNSCHWEIG

Gibelplakat Eichtalstraße 8/Ecke Gartenkamp

Am Freitag, 11.6.2021, wurde das große Fassaden-Banner am Giebel vor dem Antifa-Café montiert ... zum Gedenken an die Nazi-Pogrome im Eichtalviertel Ende Juni 1933 - zur Mahnung an die Lebenden, den neuen Nazis rechtzeitig entgegenzutreten.



Peter Rosenbaum und Uwe Fritsch

Unsere Kandidatin für Rat und Bezirksrat im Wahlbereich Östliches Ringgebiet, Hanna Märgner-Beu, hat sich dafür eingesetzt, dass wir in diesem Wahlkampf eine professionell

gestaltete und aufeinander abgestimmte Serie von Wahlplakaten im ganzen Stadtgebiet veröffentlichen können.

Mit ihrer langjährigen Erfahrung

im kreativen Bereich wurde von ihr ein lebendiges Konzept mit aussagekräftigen Slogans entwickelt und die komplette Organisation von der Ideenfindung bis zur Realisierung

übernommen. Die grafische Gestaltung, Layout und Bildbearbeitung hat ihre Tochter, Marie Märgner (M.A. Exhibition Design), professionell umgesetzt. Entstanden ist ein

stimmiges Gesamtkonzept aus Großplakaten, Aufstellern und Flyern mit Kurzwahlprogramm, was uns alle überzeugte.

Peter Rosenbaum

- Anzeige -

Braunschweig für die Schließung aller Schlachthäuser

04.09.2021
13.00 - 16.00 Uhr
Schlossplatz Braunschweig
Kontakt:
braunschweig@arwa.org
Facebook: Arwa Braunschweig
Instagram: arwa_braunschweig

Mitmachen im Orgateam "Braunschweig für die Schließung aller Schlachthäuser"

Wir freuen uns auf jeden, der im Rahmen seiner Möglichkeiten in unserem harmonischen Team mitmachen möchte.

Melden Sie sich (ganz unverbindlich) bei uns:
Schlachthäuser-schließen.de

#WirMitEuch in den Stadtbezirksrat WRG

TRANSPARENTE POLITIK
VERKEHRSWENDE
NAZIS STOPPEN!
GLEICHBERECHTIGUNG
KLIMASCHUTZ
SOZIAL MITEINANDER
GEMEINEIGENTUM SCHÜTZEN

TIMO REUTER
BIANCA BRAUNSCHWEIG
MICHAEL WINTER
CHRIS RANK

Braunschweiger Flughafen wie Gibraltar!



Ralf Beyer, Bezirksratskandidat Wabe-Schunter-Beberbach

Die Städte Braunschweig und Wolfsburg hatten ein Gutachten zur wirtschaftlichen Situation des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg in Auftrag gegeben.

In dem Gutachten werden konkrete Empfehlungen zur Sanierung des Millionengrabs „Flughafen“ gegeben.

Offener Dialog? – Fehlanzeige

Die Frage, ob sie das Gutachten kennen, beantworteten der Aufsichtsratsvorsitzende Disterheft und der Geschäftsführer Schwarz der Flughafengesellschaft am 20.08.2020 allerdings mit „Nein“.

Bildnachweis: Joe (Flickr)



Auf die mehrfache Nachfrage „Kennen Sie das Gutachten?“ antwortete Disterheft gar nicht mehr und Schwarz ausweichend mit „Bitte haben Sie Verständnis, dass wir Privatpersonen hierzu keine Stellungnahme abgeben.“ Auch gegenüber Gremien wie einem unmittelbar vom Flughafenausbau betroffenen Stadtbezirksrat zeigt sich Schwarz verschlossen und meint, letztlich sei der Flughafen nur der Behörde berichtspflichtig. Schwarz hatte dem gegenüber bei seinem Amtsantritt 2018 angekündigt: „2019 wird für uns ein Jahr sein, in dem wir einen offenen Dialog mit Ihnen suchen werden. Dieser Dialog wird in verschiedenen Foren stattfinden. Die Themen Nachhaltigkeit und Umwelt werden wir in den Vordergrund rücken. Wir freuen uns auf persönliche Gespräche, aber auch auf den gemeinsamen Gedanken- und Ideen-Austausch.“

Gegenwärtige Situation

Daraus wurde nichts und die stellvertretende Bürgermeisterin des am stärksten vom Flughafenausbau betroffenen Stadtbezirks Wabe-Schunter-Beberbach beschrieb die Situation mit den Worten „Das große Lügen geht weiter“ (<http://tinyurl.com/8u974s8p>)

Ein Beispiel: Die Volkswagen AG hatte einen Ausbau des Flughafens für non-stop Langstreckenflüge ihrer

Luftfahrzeuge von Braunschweig aus gefordert. Derartige Flüge der VW-Flotte führten dann zu den schönsten Orten dieser Erde wie z. B. Malediven, Seychellen, Karibik, Bahamas, Bermuda oder Mallorca – allerdings nicht mit Abflug aus Braunschweig, sondern von anderen Flughäfen ausgehend. Laut Internetportal RadarBox fanden sich im Zeitraum April 2020 bis März 2021 unter 1.540 von Braunschweig ausgehenden Flügen der Volkswagen AG – 40 Flüge waren nicht auswertbar – nur zwei Langstreckenflüge. Angesichts einer derartig geringen Zahl von Langstreckenflügen erscheinen die mit dem Ausbau exorbitant gestiegenen Kosten des Flughafens und insbesondere die folgenschwere, rechtswidrige Sperrung der Grasseler Straße vollkommen überzogen. Hinzu kommt die drohende Rückforderung erschlichener Fördermillionen.

Das Bundesverkehrsministerium hatte mit Schreiben vom 15.10.2010 unmissverständlich festgestellt: „Der Bund hatte bei der Förderung des Flughafens



Bildnachweis (Ausschnitt): Michael E. Mehnert – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 nicht portiert Flughafen Gibraltar: Straße kreuzt Runway

Braunschweig das Land Niedersachsen auf die Vorgabe des Koordinierungsrahmens hingewiesen, dass im Fall der Förderung der gewerbenahen Infrastruktur Betreiber und Nutzer weder rechtlich, wirtschaftlich noch personell verflochten sein dürfen“. Die Volkswagen AG ist jedoch bis heute u. a. durch Erbbaurechtsvertrag und jährliche Zuschüsse mit dem Braunschweiger Flughafen eng verbunden. Dessen ungeachtet flossen für den Ausbau des Flughafens öffentliche Gelder in Höhe von mehr als 18 Mio. Euro.

Die Gibraltar-Lösung
In dieser verfahrenen Situation bietet sich eine Gibraltar-Lösung (Bild)



an. Dabei bleibt die Grasseler Straße für den Straßenverkehr und für Fußgänger geöffnet.

Der Flugverkehr findet auf der ursprünglichen Start- und Landebahn statt. In den wenigen Fällen, in denen eine verlängerte Startbahn benötigt wird, wird wie am Flughafen Gibraltar, die Grasseler Straße für den Durchgangsverkehr kurzfristig gesperrt. Dem Einwand von Schwarz, die Gibraltar-Lösung sei rechtlich gar nicht möglich, entgegnete das Bundesverkehrsministerium mit Schreiben vom 09.03.2021: „Es gibt in Deutschland keine spezielle Gesetzgebung, die die Querung der Start- und Landebahn eines Flugplatzes durch einen anderen Verkehrsweg, wie z. B. einer Straße, explizit verbieten würde.“

Mit der Gibraltar-Lösung für den Braunschweiger Flughafen könnte die vor über 10 Jahren mutwillig geschaffene Hinterhoflage des Braunschweiger Nordens beseitigt werden.

Damit würden auch die mit dem Ausbau des Flughafens verbundenen Rechtsverstöße und gigantischen Fehl-

investitionen in einem etwas milderen Licht erscheinen.

Schlussbetrachtung

Noch attraktiver als die Gibraltar-Lösung erscheint jedoch eine Wiederherstellung des status quo vor dem Flughafenausbau mit Renaturierung der abgeholzten Waldflächen. Dann erhielte Braunschweig seinen gewohnten Flughafen zu überschaubaren Kosten zurück, der Norden Braunschweigs würde durch die Wiederöffnung der seinerzeit für den Ausbau unterbrochenen Grasseler Straße aus seiner Hinterhoflage befreit und die durch den Ausbau bedingten Verkehrsprobleme gehörten der Vergangenheit an.

Ralf Beyer

Strompreise steigen

Klein-Haushalte müssen für die Kilowattstunde Strom um die 32 Cent zahlen. Damit zahlen die Haushalte ZEHN-mal so viel wie BSI Energy beim Verkauf des Stroms an der Börse (sog. Spotmärkte) Erlösen kann! Gemäß des aktuellen Lageberichts liegt der Preis dort nämlich bei

nur 3 Cent. **Erinnern wir uns noch?** BSI Energy hatte sich mit einem Stromvertrag bis ins Jahr 2025 bei E.on verzockt und 8-mal soviel Strom gekauft, wie z. B. in der Stadt Braunschweig überhaupt pro Jahr absetzbar ist; man hoffte auf langfristig steigende Strompreise an den Märkten. Seit 2011 brachte das große Verluste für BSI Energy, da man große Strommengen (von E.on teurer eingekauft) nur mit großen Verlusten an den Märkten

unterbringen kann. Verantwortlich für diese Geldverbrennung waren: Ex-OB Hoffmann als Aufsichtsratsvorsitzender von BSI Energy, der Vorstand/veolia-Manager, sowie wegen Vertuschung der jetzige Finanzdezernent Geiger.

Eine Anzeige wegen Spekulierens mit öffentlichen Geldern und des Tatvorwurfs der Untreue vor gut einem Jahr wurde zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft konnte in diesen für die Stadt und ihre Bürgerschaft verlustreichen Spekulationsgeschäften keinen „Vorsatz der Herbeiführung eines Vermögensnachteils zulasten von BSI Energy und damit mittelbar zulasten der Stadt Braunschweig erkennen“ (NZZ 406 Js9373/20 vom 16.6.20). Haften muss demnach für diese Risikogeschäfte weder die Veolia-Geschäftsführung, noch der Ex-Oberbürgermeister, noch jetzige Stadt-Verantwortliche. Zahlen müssen das die Braunschweiger Haushalte. ... wen's interessiert ... hier der Artikel dazu „Anzeige wegen Stromliefervertrag - Vertrag der Stadt/BSI Energy war „Risikogeschäft“ - aber nicht „pflichtwidrig“ und auch nicht „vorsätzlich“ auf Seite 3 der letzten Ausgabe. ros

#WirMitEuch in den Stadtbezirksrat 112



OLIVER BÜTTNER

TATJANA JENZEN



Seebrücke zieht Bilanz

Offener Brief der Seebrücke Braunschweig



Seebrücke Braunschweig

Herrn Oberbürgermeister Ulrich Markurth
Rat der Stadt Braunschweig
Verwaltung der Stadt Braunschweig

Braunschweig, 06.06.2021

Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Verantwortung der Stadt Braunschweig als "Sicherer Hafen" und als Koordinatorin der Niedersächsischen Bündnisstädte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Markurth, sehr geehrte Damen und Herren im Rat und in der Verwaltung der Stadt Braunschweig,

in der Seebrücke Braunschweig haben sich Bürger*innen zusammengefunden, die dem Sterben von Menschen im Mittelmeer und der menschenunwürdigen Unterbringung von Menschen in Lagern an den Grenzen und innerhalb der EU nicht weiter tatenlos zusehen wollen. Die Lage steht im krassen Gegensatz zu humanitären Werten und im Widerspruch zu den universellen Menschenrechten. Noch immer ertrinken regelmäßig Menschen, die sich auf den Weg machen, um Schutz vor Krieg, Verfolgung, Folter und Tod zu finden. Es sind Menschen wie Sie und wir.

Als Bürger*innen Deutschlands und Europas, die sich immer wieder auf eine Tradition der universellen Menschenrechte beziehen, sehen wir uns und alle politischen Instanzen in der Verantwortung, den Geflüchteten zu ihrem Recht und zu einem Leben in Würde zu verhelfen. Politische und administrative Gründe dürfen kein Hindernis sein, wenn es darum geht, dass Menschen ihr Recht auf Asyl geltend machen können. Lassen Sie uns von der kommunalen Ebene aus gemeinsam daran arbeiten, dass geflüchteten Menschen ihre Rechte und eine menschenwürdige Behandlung nicht weiter vorenthalten werden. Dabei geht es darum, Signale der Solidarität zu senden und den Rahmen des Möglichen voll auszuschöpfen, um Geflüchteten einen Sicherer Hafen zu bieten.

Wir haben uns darüber gefreut, dass sich die Stadt Braunschweig zu einem Sicherer Hafen im Sinne der Potsdamer Erklärung bekannt hat und im letzten Jahr dem Bündnis beigetreten ist. Positiv würdigen wir auch die Übernahme der Koordination der Niedersächsischen Bündnisstädte. Damit solidarisiert sich die Stadt Braunschweig auf dem Papier mit den geflüchteten Menschen im Mittelmeerraum.

Leider haben wir jedoch noch keine Konsequenzen aus dieser Solidarisierung in Taten wahrnehmen können. Im letzten Jahr haben wir uns dreimal mit unserem Anliegen an Sie gewandt. Dies waren zwei Einwohner*innenanfragen und ein Offener Brief. Die Stadt Braunschweig ist aber ihrer Rolle im Bündnis Sicherer Häfen und auch bezogen auf unser Anliegen, der Unterstützung ihrer Bürger*innen, noch immer nicht gerecht geworden.

Deshalb appellieren wir an Ihr Gewissen und erheben folgende Forderungen:

- Der Rat der Stadt bekräftigt bzw. aktualisiert seine bisherigen politischen Positionierungen
 - zur Stadt als Sicherer Hafen,
 - für die zusätzliche Aufnahme von Menschen aus europäischen Lagern im Mittelmeerraum, in Ausführung des § 23 AufenthG,
 - zur Änderung des § 23 AufenthG (Streichung Einvernehmen BMI).
- Der Rat der Stadt unterstützt unsere Forderungen gegenüber der Verwaltung.
- Ratsmitglieder wirken bei den öffentlichen Aktionen der Seebrücke Braunschweig mit und treten auch öffentlich für die Aufnahme von Geflüchteten ein.
- Die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung lädt die Niedersächsischen Städte Sicherer Häfen noch in den nächsten Wochen zu einem Treffen ein.
- Die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung entwickelt für Braunschweig passende Programme für die zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen aus dem Mittelmeerraum. Sie bringt sie über die Landesregierung auf den Weg zum Bundesinnenministerium, um dort das Einvernehmen einzuholen.
- Die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung informiert die Seebrücke Braunschweig über die Schritte bei der Koordination der Niedersächsischen Bündnisstädte.

Nach unseren Informationen ist ein Treffen der Niedersächsischen Bündnisstädte Sicherer Häfen erst im September vorgesehen. U. a., weil es Ihnen, Herr Markurth, dann erst möglich sein soll teilnehmen zu können. Wir finden es befremdlich, einen so bedeutsamen Termin so offensichtlich allen anderen Themen unterzuordnen. Im September sind Kommunalwahlen. Es ist zu befürchten, dass dem Thema auch im Nachgang der Wahl nicht die ihm zukommende hohe Priorität eingeräumt wird. Die Zeit drängt. Deshalb ist kurzfristiges Handeln dringend erforderlich. Sonst bleiben sämtliche Solidaritätsbekundungen bloße Lippenbekenntnisse mit tragischen Folgen.

Wir sind sehr an einem Austausch mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und mit dem Rat der Stadt bzw. einzelnen Ratsmitgliedern und den Mitarbeiter*innen der zuständigen Abteilung der Stadtverwaltung der Stadt Braunschweig interessiert. Laut Information der Stadtverwaltung an den Ausschuss für Integrationsfragen vom 13.01.2021 wollte die zuständige Abteilung Anfang 2021 Gespräche mit der Seebrücke Niedersachsen und Braunschweig aufnehmen. Mit der Seebrücke Niedersachsen ist dies bereits erfolgt. Eine Kontaktaufnahme mit uns ist jedoch noch nicht erfolgt. Wir hoffen und erwarten, dass sich dies noch ändert.

Blieben Sie in sicheren Lebensbedingungen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Akteur*innen der Seebrücke Braunschweig



UNSERE KANDIDAT:INNEN FÜR DIE STADTBEZIRKS RÄTE

Wahlbereich 112 (Wabe-Schunter-Beberbach)



Tatjana Jenzen



Henning Jenzen



Oliver Büttner



Dr. Kerstin Lindner



Sabine Wolf



Ralf Beyer



Dr. Martin Arning



Gabriele Fischer



Silke Arning



Joachim Kleppe



Michael Buchholz



Dr. Ute Lampe



Claudia Nethe



Giesela Meyer-Drawe



Michael Dürrkopp

Wahlbereich 111 (Hondelage-Volkmarode)



Uwe Ohlhafer



Stephan Kaiser

Wahlbereich 130 (Innenstadt)



Edmund Schultz



Friedrich Walz



Mohammed Jebahi



Heide Janicki



Alexander Kobus

Wahlbereich 211 (Braunschweig Süd)



Helmut Rösner



Martina Glienke



Elke Almut Dieter

Wahlbereich 120 (Östliches Ringgebiet)



Hanna Märgner-Beu



Andreas Wolter



Dr. Volker Märgner



Astrid Kasper



Birgit Huvendieck



Dr. Britta Hirschberger



Michael Beck



Werner Hensel



Vico-René Segers



Ronald Krahn



Margitta Deceunink



Rudolf Jackmann



Ingo Stremme

Wahlbereich 212 (Südstadt-Rautheim -Mascherode)



Jürgen Reuter



Sebastian Barnstorf



Till Rosenbaum



Ina Kurrat



Paul Pockrandt

Braunschweig braucht eine Politik, die sich konsequent an Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinwohl ausrichtet. Profitmaximierung hat hier nichts zuzusetzen. Wir Bürger:innen müssen beteiligt werden und uns darauf verlassen können, dass Menschen, Klima und Umwelt nicht auf der Strecke bleiben.

**Wahlbereich 310
(Westliches Ringgebiet)**



Michael Winter



Christian Rank



Timo Reuter



Bianca Braunschweig



Hartmut Jolie



Elisabeth Olearnik



Brigitte Dittrich



Ulrich Buchheister



Annegret Müller



Alexandra Funke



Margot Olearnik



Hans-Jürgen Zander

**Wahlbereich 222
(Südwest)**



Niels Salveter



Stefanie Schlensoog



Edgar Vögel



Barbara Biadacz-Hennig



Undine Schönfeld

**Wahlbereich 322
(Nördl.Schunter-/Okeraue)**



Astrid Buchholz



Uwe Fritsch



Peter Meyer



Frank Erfurth



Jürgen Schwarzer



Angela Ruttig

**Wahlbereich 221
(Weststadt)**



Werner Barnstorff

Christian Petermann



Sven-Christoph Schütt



Dirk Hesse

Klaus Hagenau

**Wahlbereich 330
(Nordstadt-Schunterraue)**



Sabine Bartsch



Christian Plock



Leonie Bartsch



Jörg Fischer



Sylvia Wolter



Jann Döpke



Andrée Hemmes



Detlef Alsleben



Anne Perreau



Alfred Farnady



Dorit Arning



Alexander Wolter



Dr. Elke Schrage



Thomas Holst

#wirmiteuch

BÜBGER **B•I•BS**
INITIATIVE
BRAUNSCHWEIG